

Liebe Genossinnen liebe Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,



hiermit melde ich mich aus der ersten Plenarwoche des neuen Jahres zurück. Ein Thema, welches mir beim demokratischen Prozess besonders am Herzen liegt, ist die Einbeziehung der Basis. Deshalb freut es mich, dass sich der Landtag mit der Herabsetzung des Wahlalters auch in Niedersachsen beschäftigt hat. Die Interessen von Jugendlichen spielen schließlich nicht nur auf Kommunalebene eine

Rolle. Genauso wichtig sind mir die Anliegen der älteren Generationen, so befürworte ich das Modellprojekt in Südniedersachsen, mit dem man die Gerichtsbarkeit auf Bürgernähe überprüfen will. Beide Initiativen setzen sich für den direkten Bürgerwillen ein, das ist gut!

Ich wünsche einen guten Start in die letzte Januarwoche,

Ihr und Euer

Auf der Tagesordnung:

u.a.

Absenkung des Wahlalters
für die Landtagswahlen

Digitaler Binnenmarkt in Europa

Bürgernähere Justiz in Niedersachsen

Überprüfung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Online-Angebote

Wirksamere Resozialisierung
von Inhaftierten

Naturschutzgebietsbetreuung

Für mehr Bürgernähe:

Gesetzentwurf zur Absenkung des Wahlalters

Auf Initiative von der SPD und den Grünen wurde am Mittwoch in erster Beratung vorgeschlagen, junge Menschen im Rahmen der demokratischen Erziehung früher in den gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen einzubinden. Das Wahlalter soll deshalb zu den kommenden Landtagswahlen 2018 von 18 auf 16 Jahre abgesenkt werden, so wie es u.a. bereits in Bremen und Hamburg der Fall ist. Damit kommen wir dem Interesse einer Vielzahl von Jugendlichen nun endlich auch in Niedersachsen entgegen.

Modellprojekt Südniedersachsen für bürgernahe Justiz

Um auch der zunehmend älter und immobiler werdenden Gesellschaft effizient die Wahrnehmung ihrer Rechte zu gewährleisten, ist eine standortnahe Justizversorgung mit Fachgerichten für die Bevölkerung notwendig. Unabhängig vom Einkommen und von Lebenslagen müssen die Gerichtsstandorte in allen Regionen Niedersachsens gut erreichbar sein. Im Rahmen eines Modellprojektes, das bis zum 31. Januar 2017 bewertet werden soll, wird nun in Südniedersachsen ermittelt, ob Bedarf für ein Sozialgericht als vollumfängliche Anlaufstelle besteht. Auch in anderen Regionen soll die Gerichtsbarkeit auf Bürgernähe überprüft werden.

Zur Digitalisierung in Europa:

Die Landesregierung hat beschlossen, sich auf europäischer und auf Bundesebene für den digitalen Binnenmarkt in Europa stark zu machen. Die Digitalisierung ist eine wesentliche Triebfeder für den Fortschritt in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen als Verbraucher und Arbeitnehmer von den zukünftigen Entwicklungen profitieren.

Deshalb setzen sich SPD und Grüne dafür ein,

- das **Prinzip der Netzneutralität** uneingeschränkt einzuhalten, damit auch künftig ein offener, freier und unbeschränkter Internetzugang bei fairen Marktbedingungen gewährleistet wird,
- dass die **Roaming-Gebühren** für Anrufe sowie Nachrichten- und Datenverbindungen im Mobilfunknetz abgeschafft werden und ein länderübergreifendes Telekommunikationsnetz aufgebaut wird,
- und dass **Niedersachsen eine Vorreiterrolle** bei dem Schaffungsprozess des digitalen Binnenmarktes in der EU einnimmt.

Bessere Schutzgebietsbetreuung durch Ökologische Stationen:

Im Plenum habe ich auch zum Thema Schutzgebietsbetreuung gesprochen. Für den Naturschutz ist es zentral, die Schutzgebiete vor Ort angemessen zu betreuen. Deshalb fordern wir eine Erweiterung und Verbesserung der Betreuung durch die bestehenden Kooperationen. Die Finanzierung der Naturschutzorganisationen muss verlässlich fortgesetzt werden, eine einheitliche Bezeichnung aller Schutzeinrichtungen sollte angestrebt werden.

Ermäßigter Mehrwertsteuersatz:

Da in Deutschland bisher nur für den Verkauf von gedruckten Zeitungen ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz von 7% gilt, prüft die Landesregierung nun auch Online-Angebote von Zeitungen und vergleichbare Medien auf die Möglichkeit der Reduzierung des Steuersatzes von 19% auf 7%.

Wirksamere Resozialisierung:

Parteiübergreifend hat der Landtag für den Vorschlag von SPD und Grünen gestimmt, sich für eine noch wirksamere Resozialisierung von Inhaftierten einzusetzen. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Resozialisierung in die Gesellschaft sollen so z.B. durch einen durchgängigen Maßnahmenplan und feste Ansprechpartner auch nach der Entlassung gewährleistet werden.